

Aktenzeichen: 6 AZR 116/10
Bundesarbeitsgericht 6. Senat

Urteil vom 19. Oktober 2010
- 6 AZR 116/10 -

I. Arbeitsgericht
Gießen

Urteil vom 16. April 2009
- 1 Ca 77/09 -

II. Hessisches
Landesarbeitsgericht

Urteil vom 6. Januar 2010
- 2 Sa 1297/09 -

Für die Amtliche Sammlung: Nein

Entscheidungsstichwort:

Anforderungen an Berufungsbegründung

Gesetz:

ZPO § 520

Leitsätze:

keine

Hinweise des Senats:

Parallelentscheidung zu führender Sache - 6 AZR 120/10 -
ohne Tatbestand und Entscheidungsgründe



JLaw – Gesetze und Urteile
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
[\(mobile App\)](#)



[JLaw – für Android](#)



[JLaw – für iOS](#)

BUNDESARBEITSGERICHT



6 AZR 116/10
2 Sa 1297/09
Hessisches
Landesarbeitsgericht

Im Namen des Volkes!

Verkündet am
19. Oktober 2010

URTEIL

Gaßmann, Urkundsbeamtin
der Geschäftsstelle

In Sachen

beklagtes, berufungsbeklagtes und revisionsklagendes Land,

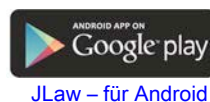
pp.

Kläger, Berufungskläger und Revisionsbeklagter,

hat der Sechste Senat des Bundesarbeitsgerichts aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 19. Oktober 2010 durch den Vorsitzenden Richter am Bundesarbeitsgericht Dr. Fischermeier, den Richter am Bundesarbeitsgericht Dr. Brühler, die Richterin am Bundesarbeitsgericht Spelge sowie die ehrenamtlichen Richter Dr. Beus und Zabel für Recht erkannt:



JLaw – Gesetze und Urteile
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
[\(mobile App\)](#)



1. Auf die Revision des beklagten Landes wird das Urteil des Hessischen Landesarbeitsgerichts vom 6. Januar 2010 - 2 Sa 1297/09 - teilweise aufgehoben.
2. Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Arbeitsgerichts Gießen vom 16. April 2009 - 1 Ca 77/09 - wird im Umfang der Feststellung, dass das beklagte Land verpflichtet ist, dem Kläger aufgrund seiner Teilzeit-tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter Grundver-gütung nach der Vergütungsgruppe II a der Anlage 1a zum BAT nach der höchsten Lebensaltersstufe dieser Vergütungsgruppe für die Zeit vom 1. August 2008 bis zum 31. Dezember 2009 zu zahlen, als unzulässig ver-worfen.
3. Der Kläger hat die Kosten der Berufung und der Revisi-on zu tragen.

Von Rechts wegen!

Die Parteien haben im Hinblick auf das führende Parallelverfahren
- 6 AZR 120/10 - auf Tatbestand und Entscheidungsgründe verzichtet (§ 72
Abs. 5 ArbGG; § 555 Abs. 1 Satz 1, § 313a Abs. 1 Satz 2 ZPO).

1

Fischermeier

Brühler

Spelge

Beus

Uwe Zabel



JLaw – Gesetze und Urteile
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
[\(mobile App\)](#)



[JLaw – für Android](#)



[JLaw – für iOS](#)